

Region

«Die Wiederbelebung des Bottminger Dorfzentrums wird so unmöglich»

Widerstand gegen Tramschleife Mitten im Ort, nahe dem barocken Weiherschloss, möchten die BLT und der Kanton Baselland eine Tramschleife bauen. Das sorgt für Ärger.

Simon Erlanger

Die Verlautbarung des Kantons Baselland tönt harmlos: «Beim Bottminger Schloss muss der Bushof inklusive Tramhaltestelle entsprechend den Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes erneuert werden. Zudem benötigen die Tramlinien 10 und 17 eine neue Tramwendschleife für den sicheren, flexiblen Betrieb – und für die Verbesserung der Anschlüsse in Bottmingen im Zusammenhang mit der Einführung des Expressstrams», so das von Andrea Bürki, Sprecherin des Bau- und Umweltschutzdepartements (BUD), übermittelte Communiqué.

«Ein neuer Bushof, zeitgemässe Tramhaltestellen, eine effiziente Tramwendschleife und beste Verbindungen sollen den wichtigsten ÖV-Knotenpunkt im Leimental prägen», so das Communiqué. Mit Kosten von rund 20 Millionen Franken ist der neue Leimentaler Verkehrsknotenpunkt eines der grössten Baslerbieter Infrastrukturprojekte. Allein die Tramschleife kostet fünf Millionen Franken.

«Das schadet dem Dorf»

Beim Kanton betont man, wie gut das Projekt für Bottmingen sei: «Die gemeinsame Planung von Kanton, Gemeinde und BLT soll für Bottmingen die Chance bieten, sichere Wege und attraktive Freiräume für die Stärkung des Dorfzentrums zu schaffen. Die Aufenthaltsqualität und das Dienstleistungsangebot sollen verbessert werden.»

Doch genau mit Letzterem hapert es. Gegen das Projekt regt sich immer mehr Widerstand. Vor allem die Tramschleife ist um-



Die geplanten Umbauarbeiten bei der BLT-Station «Bottmingen Schloss» erschweren die Entwicklung des Dorfzentrums. Foto: Pino Covino

stritten. «Wer sich in Bottmingen auskennt, weiss, dass wir seit Jahrzehnten ein Problem haben. Wir haben kein Dorfzentrum, dafür ein Verkehrszentrum», sagt etwa Hanspeter Weibel, SVP-Landrat und Präsident der Bottminger Gemeindekommission. Bottmingen werde sowohl durch den Individualverkehr als auch durch Bus und Tram extrem stark belastet. Zu Stosszeiten sei das Dorf verstopft. «Die Aufenthaltsqualität ist eingeschränkt.»

Jetzt wolle man diese Verkehrsdrehscheibe mit einer Tramschleife zusätzlich erweitern. Dafür müssten Häuser abgerissen werden. «Das führt zu einer zusätzlichen Verunstaltung und schadet dem Dorf», sagt Weibel weiter.

Das Argument, es brauche die Bottminger Schleife, damit die BLT-Linie 17 öfter in die Stadt fahren könne und damit zum «Express-Tram» werde, lässt Weibel nicht gelten. «Es gibt beim BLT-

Depot in der Hüslimatt, nur fünf Fahrminuten weiter, bereits eine existierende Tramschleife.» Der BLT gehe es hier nur ums Geld. «Sie will Rollmaterial sparen.» Man verunstatte Bottmingen wegen der Einsparung von fünf Fahrminuten, so Weibel. «Die Wiederbelebung des Dorfzentrums, als Ort mit hoher Aufenthaltsqualität, wird so unmöglich.»

Der Zustand des Dorfzentrums sei unhaltbar, betont auch der parteilose Gemeinderat Ernst Brin-

golf: Tausende von Fahrzeugen quälten sich seit bald 50 Jahren via die unsägliche Bruderholzstrasse durch Bottmingen. «Unser Dorfzentrum ist kaputt; wir haben es schon weitgehend zerstört und dürfen jetzt nicht so tatenlos wie in den 60er- und 70er-Jahren zusehen, wie die Zerstörung weitergeht.» Die Tramschleife sei zu viel des Guten. Der Präsident des Bottminger Bauausschusses betont, dass er sich als Privatperson äussere. «Es heisst immer, die Ge-

meinde Bottmingen stehe hinter dem Projekt. Das ist nicht ganz richtig. Der Gemeinderat hat bis jetzt noch nichts beschlossen.»

Neben der Tramschleife Hüslimatt hat es noch eine zweite Alternative gegeben. Zur Debatte stand der Bau einer Tramschleife auf der grünen Wiese im Gebiet Stallen bei Oberwil. Natur- und Gewässerschutzzonen hätten dann aber den Ausschlag für Bottmingen gegeben.

Alleingang wäre unklug

«Die Gemeinde, die BLT und der Kanton sind offenbar schon länger im Gespräch», sagt Bringolf. Es fanden auch Gespräche mit Landbesitzern statt. «Das wurde lange unter dem Deckel gehalten und kam nur zufällig ans Licht.»

Der Bottminger Gemeindevorstand bestätigt im Auftrag von Gemeindepräsidentin Melanie Krapp die Gespräche. «Der zuständige Bottminger Gemeinderat und seine Fachpersonen aus der Gemeindeverwaltung arbeiten aktiv in Projektsteuerung und Projektleitung mit», so Jahn. «Verschiedentlich wurde der Stand der Planung dem gesamten Gemeinderat und dem Bauausschuss vorgestellt und dort pro und contra diskutiert.»

Für Weibel ist das nicht genug: «Es geht natürlich gar nicht, dass der Gemeinderat an der Bevölkerung vorbei politisiert.» Seit 20 Jahren lade der Gemeinderat regelmässig die Bevölkerung ein, sich dazu zu äussern, wie das Zentrum belebt werden kann. «Es ist nun ein grober Fehler des Gemeinderates, wenn er glaubt, er könne an der Bevölkerung vorbei planen.»

Eymann

Der neue Bundesrat

Kaum je wurde in der Vergangenheit nach der Erneuerung des Bundesratskollegiums so intensiv spekuliert, wie sich die einzelnen Gewählten im Amt verhalten würden.

Nach der Departementsverteilung ging es sogar so weit, dass Kundgebungen von Unzufriedenen stattfanden. Vor allem der neu gewählte Bundesrat wurde kritisiert und auch verunglimpft; und dies vor seinem Amtsantritt. Es ist eine Stärke unseres Systems, Politikerinnen und Politiker offen kritisieren zu dürfen. Dieses Recht gilt es zu bewahren, auch wenn Kritik aus meiner Sicht oft zu heftig und leider auch unanständig erfolgt – vor allem in den Kommentaren zu Artikeln und in den Social-Media-Plattformen.

Will man ein Mitglied des Bundesrats kritisieren, so sollte sich die Missbilligung auf die Handlungen im Amt beziehen und nicht auf Vermutungen und Unterstellungen. Auch diejenigen, welche mit dem ehemaligen Nationalrat Albert Rösti, seiner Haltung und seinen Mandaten nicht einverstanden waren, sollten sich an

drei Regeln unseres bewährten Systems erinnern: Das Kollegium und nicht ein einzelnes Bundesratsmitglied entscheidet, Volksentscheide sind zu beachten, und die Parteizugehörigkeit hat für Bundesratsmitglieder nicht die gleiche Bedeutung wie für Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Bundesrat Rösti kann und wird nicht den Klimawandel und seine Folgen negieren und passiv bleiben, wie ihm dies gewisse Kreise unterstellen.

Neben dieser Vorverurteilung eines Bundesrats stört mich auch, dass die bisherige Energie- und Klimapolitik hundertprozentig als gut empfunden wird; eine unzutreffende Annahme. Lange vor der kriegsbedingten Energiekrise gab es Vorstösse im Parlament zur umweltfreundlichen Energieproduktion und zur Erhöhung der Energie-Effizienz. Der Bundesrat lehnte sie auf Antrag

des zuständigen Departements ab. Zeit ging verloren.

Das Bundesamt für Energie hätte hervorragende Fachleute wie zum Beispiel Gallus Cado-nau beiziehen können, der als einer der tiefsten Kenner bereits vor 30 Jahren die Förderung von Solarenergie propagierte. Noch im Herbst 2021 war das Umweltdepartement der Meinung, eine breite Informationskampagne der Bevölkerung mit dem Ziel, klimafreundliches Verhalten der Einzelnen zu fördern, sei nicht angezeigt. Vor dem Hintergrund solcher Passivität des Bundesamtes tun Pragmatismus und Durchsetzungsvermögen, worüber Bundesrat Rösti verfügt, der Energie- und Klimapolitik gut.

Auch über die neue Bundesrätin aus dem Jura wurde viel geredet und geschrieben. Leider haben viele Medienschaffende sich intensiver mit ihren Schwarz-

nasenschaften und ihrem sympathischen Auftritt befasst als mit ihrem Leistungsausweis. Nach 13 Jahren in der jurassischen Regierung führte sie die Fachhochschule für Soziale Arbeit und Gesundheit in Lausanne. Ich lernte sie als Kollegin in der Erziehungsdirektoren-Konferenz kennen. Als Präsident der Schweizerischen Sozialhilfekonferenz, Skos, durfte ich auf ihre Unterstützung als Vizepräsidentin zählen. Es steht mir zwar nicht zu, die neue Bundesrätin zu qualifizieren. Aber nur so viel: Von ihren Fähigkeiten bin ich überzeugt. Sie wird sich mit ihrer Erfahrung aus dem Bildungs- und Sozialbereich im Justiz- und Polizeidepartement nicht nur gut einbringen können, sie wird auch wesentlich zur Kollegialität im Bundesrat beitragen, was bitter nötig ist.

Gute Zusammenarbeit und geschlossenes Auftreten

vermisste man bisher oft. Es entstand der Eindruck, jedes einzelne Bundesratsmitglied sei froh, nicht selbst Objekt negativer Schlagzeilen zu sein. Ganz zu schweigen von den vielen Indiskretionen, welche vor allem der Sonntagspresse aus Bundesratssitzungen immer wieder – von wem auch immer – ungehindert zuge-spielt wurden.

Die nötigen Verbesserungen herbeiführen kann eine Persönlichkeit, welche über Ernsthaftigkeit, Leichtigkeit, bewiesene Teamfähigkeit und auch Humor verfügt. Elisabeth Baume-Schneider ist diese Persönlichkeit. Sie und Albert Rösti werden dem Bundesrat guttun.



Christoph Eymann
Alt-Nationalrat und
BaZ-Kolumnist

Grosseinsatz der Polizei im Matthäusquartier

Basel Im Kleinbasel lief gestern Nachmittag während mehrerer Stunden ein Grosseinsatz der Polizei und der Rettungsorganisationen Basel-Stadt. Gemäss «20 Minuten» versuchte die Polizei, sich Zutritt zu einer Liegenschaft an der Ecke Müllheimerstrasse/Markgräflerstrasse im Matthäusquartier zu verschaffen. Die Strasse war vorübergehend abgesperrt. Auch Beamte in Schutzausrüstung waren vor Ort.

Am Abend gab die Polizei den Grund für den Einsatz bekannt. Offenbar steht er im Zusammenhang mit der Fahndung nach Personen, die am 3. Januar aus einer Liegenschaft heraus eine Mitarbeiterin der Kantonspolizei mit Feuerwerk angegriffen hatten. Wie die Polizei schreibt, wurden während der Aktion sieben Personen angehalten und kontrolliert, eine Person wurde unter anderem wegen Verdachts der Widerhandlung gegen das Sprengstoffgesetz, Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte und Hinderung einer Amtshandlung im Auftrag der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt festgenommen. (jug)